

Brennpunkt Afghanistan

Afghanistan: Über 20 Jahre Krieg und Leid

Seit den 70er Jahren ist Afghanistan in einem Bürgerkrieg gefangen, der das gesamte Staatsgebiet in Verwüstung und bittere Armut gestürzt hat. Der jahrzehntelange Dauerkonflikt ist durch wechselnde Kriegsparteien und Eingriffe ausländischer Mächte geprägt. 1979 marschieren sowjetische Truppen in Afghanistan ein, beenden auf blutige Weise die innerafghanischen Kämpfe und setzen ein von Moskau abhängiges neues Regime ein. Über Pakistan unterstützen die USA im Gegenzug die islamischen Mudschaheddin als antisowjetische Kämpfer mit drei Milliarden Dollar, bis zum Sturz des Regimes und dem sowjetischen Abzug 1989. Der Konflikt wandelt sich in der Folgezeit zum reinen Bürgerkrieg. 1992 übernehmen die Mudjaheddin die Macht in Kabul, Präsident Nadjibullah wird gestürzt, die kommunistische Regierung aufgelöst. Eine Vielzahl kleinerer und größerer Kriegsparteien entsteht, darunter die Taliban-Miliz, die bis 1996 fast alle Landesteile unter ihre Kontrolle bringt. Auch diese selbst ernannten »Koranschüler« sind ein Ziehkind Pakistans, entstanden mit massiver finanzieller Unterstützung vom US-Geheimdienst CIA.

Das Terrorregime der Taliban

Die Taliban haben seit 1996 ein Unterdrückungs- und Terrorregime installiert. Die meisten afghanischen Menschen leben in Angst, Armut und Hunger. Im Jahr 2000 ist Afghanistan das am stärksten verminete Land der Erde und hat mit 27 % die höchste Kindersterblichkeit. Frauen dürfen keinen Beruf ausüben, ja nicht einmal ohne männliche Begleitung auf die Straße gehen. Eine strenge Kleiderordnung schreibt ihre vollständige Verhüllung vor. Menschen, die sich für freie Meinungsäußerung ein-

setzen, drohen willkürliche Inhaftierung, Geiselnahme, Folter und Hinrichtung. In den Gefängnissen werden Frauen systematisch vergewaltigt. Verstöße gegen die Ordnung der herrschenden Taliban werden von Scharia-Gerichten mit unmenschlichen und erniedrigenden Strafen geahndet, z.B. Prügelstrafen, Amputationen, Steinigungen.

Die radikale Interpretation der Islamischen Rechtsordnung (Scharia) durch die Taliban beruht tatsächlich weniger auf dem Koran als auf jahrhundertlang überlieferten traditionellen kulturellen paschtunischen Stammesnormen, dem »Paschtunwali«. Von den meisten Muslimen wird diese Auslegung des Islam abgelehnt. Viele Menschen, vor allem höher gebildete, flohen vor dem Terror ins Ausland.

Die Nordallianz

Der tadschikische Kommandant Massud, vor der Machtübernahme der Taliban Verteidigungsminister, bündelte Ende 1998 die zerstrittenen Bürgerkriegsparteien der Mudschaheddin und vereinigte unter seiner Führung Kriegsführer verschiedener Ethnien (Tadschiken, Usbeken, Hazara u.a.) und religiöser Strömungen (Schiiten, Sunniten, Wahabbiten, Ismailiten) zur so genannten Nordallianz. Etwa 10% Afghanistans, eine schwer zugängliche Bergregion im Nordosten des Landes, wird von der Allianz kontrolliert. Oberbefehlshaber wird nach Massuds Ermordung im September 2001 dessen ehemaliger Stellvertreter Mohammed Fahim. Das militärische Zweckbündnis gibt sich nach außen liberal und gemäßigt islamistisch. Aber auch innerhalb der Herrschaftsbereiche der verschiedenen lokalen Nordallianzkommandanten sind Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung.

Nach einem Sturz der Taliban könnte das Bündnis wieder zerfallen und die Feuer des Bürgerkriegs neu entfacht werden. Eine unkritische Aufrüstung der Nordallianz durch die westlichen Staaten birgt ernste Risiken.

Afghanische Flüchtlinge: Abgewiesen, ignoriert und vergessen

Lange Zeit wurden Flüchtlinge aus Afghanistan von der Weltöffentlichkeit ignoriert. Erst die Ereignisse nach den Terroranschlägen in den USA rückten Afghanistan plötzlich in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Doch schon vorher lebten allein 2 Mio Menschen unter erbärmlichen Bedingungen in Flüchtlingslagern in Pakistan und rund 1,5 Mio Menschen im Iran. Die Hilfsprogramme für diese Flüchtlinge sind seit einigen Jahren unterfinanziert und mussten deshalb reduziert werden.

Die westlichen Staaten haben gegenüber afghanischen Flüchtlingen eine rigorose Politik der Abwehr betrieben: Noch im September 2001 erklärte die australische Regierung sich nicht zuständig für die 600 größtenteils afghanischen Flüchtlinge, die aus Seenot gerettet worden waren, und wies das Flüchtlingsschiff ab. Am 13. September 2001 erklärten australische Minister die abgewiesenen Flüchtlinge zu einem Sicherheitsproblem, da sich auch Terroristen einschleusen könnten. Auf einem unwirtlichen Atoll der Insel Nauru, das einer Mondlandschaft gleicht, müssen diese Menschen nun in Zeltlagern hausen.

In Afghanistan hat die langanhaltende Dürre inzwischen zu einer dramatischen Hungersnot geführt. Die Angst vor dem Militäreinsatz der USA und der NATO treibt im September 2001 Hunderttausende in die Flucht.

Die Nachbarstaaten Afghanistans riegeln daraufhin weitgehend ihre Grenzen ab – sie haben von Europa gelernt. Die europäischen Staaten verfolgen seit Jahren das Prinzip der Regionalisierung der Flüchtlingsaufnahme und schotten sich gegen das Elend ab, das sie mit zu verantworten haben.

Asylland Deutschland?

In Deutschland gehört Afghanistan seit 1980 fast ununterbrochen zu den Hauptherkunftsländern von Flüchtlingen. Im gleichen Jahr, kurz nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, begann die Politik der Abschottung: Die Visumpflicht für afghanische Flüchtlinge wurde eingeführt.

Die Anerkennungsquote von Afghanen durch das Bundesamt ist in den letzten Jahren drastisch gesunken, im Jahr 2000 betrug sie nur noch 0,9 %. Der Grund dafür: Politische Verfolgung ist nach deutscher Rechtsprechung grundsätzlich staatliche Verfolgung. Die herrschenden Taliban, so meinten die Gerichte jahrelang, hätten aber nicht die volle Kontrolle über das Staatsgebiet, daher gelte die Verfolgung durch die Taliban nicht als politische Verfolgung. Infolge einer Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts im August 2000, das einige Flüchtlinge mit Unterstützung aus dem Rechtshilfefonds von PRO ASYL angerufen hatten, hat sich die Rechtsprechung zu Afghanistan geändert. Nichtstaatliche Verfolgung wird zwar immer noch nicht anerkannt, die Verfolgung durch die Taliban gilt aber nun als »quasistaatlich«. Sprunghaft gestiegene Anerkennungszahlen belegen seither das Ausmaß individueller Gefährdung: Von Januar bis September 2001 wurden 61,7 % der afghanischen Flüchtlinge vom Bundesamt anerkannt.

In Deutschland leben heute 75.000 Afghaninnen und Afghanen. Die Mehrzahl von ihnen hat keinen Flüchtlingsstatus erhalten, konnte aber auch nicht abgeschoben werden, da es keine Verkehrswege ins fast völlig zerstörte Afghanistan gab. In der Folge haben viele afghanische Flüchtlinge in Deutschland ein entwürdigendes und rechtloses Leben gefristet. Durchschnittlich rund 5.000 afghanische Flüchtlinge beantragen jährlich Asyl. Die Flüchtlingszahlen in Deutschland sind gering, verglichen mit dem neuerlichen millionenfachen Flüchtlingsdrama in Afghanistan und den Nachbarstaaten.

Während die westlichen Staaten kurzfristig Milliardenbeträge für militärische Operationen in Afghanistan bereitstellen, bleibt das Bemühen um eine effektive Flüchtlingshilfe weit hinter den Erfordernissen zurück. Hilfslieferungen ins Krisengebiet reichen nicht aus. Wer den Kampf gegen den Terror glaubwürdig führen will, muss Flüchtlingen einen sicheren Zufluchtsort bieten. Die Nachbarstaaten der Kriegsregion dürfen dabei nicht alleine gelassen werden. Die schnelle und unbürokratische Aufnahme afghanischer Flüchtlinge durch Deutschland und die anderen westlichen Staaten ist dringend geboten.

**Herausgegeben vom
Förderverein PRO ASYL**

**Förderverein PRO ASYL e.V.
Postfach 160624, 60069 Frankfurt/M.
Telefon: 069/230688, Fax: 069/230650
Internet: <http://www.proasyl.de>
E-Mail: proasyl@proasyl.de
Spendenkonto-Nr. 8047300
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 370 205 00**

Redaktionsschluss 12.10.2001

PRO ASYL
Förderverein PRO ASYL e.V.